Geset = Sammlung

für die

Königlichen Preußischen Staaten.

Nr. 17.

(Nr. 7018.) Gesetz, betreffend die Schließung der öffentlichen Spielbanken zu Wiesbaden, Ems und Homburg. Bom 5. März 1868.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen 2c. verordnen, mit Zustimmung beider Häuser des Landtages der Monarchie, was folgt:

§. 1.

Die öffentlichen Spielbanken zu Wiesbaden, Ems und Homburg werden späteskens am 31. Dezember 1872. geschlossen, eine frühere Schließung kann durch Königliche Verordnung, entweder allgemein oder nur in Beziehung auf einzelne der gedachten Spielbanken, ausgesprochen werden. Bis dahin ist jedenfalls das Spiel an allen Som und Feiertagen verboten.

6. 2.

Mit dem Tage der Schließung treten für die betreffende Spielbank die Bestimmungen des Art. V. der Verordnung, betreffend das Strafrecht w. in den mit der Monarchie vereinigten Landestheilen, vom 25. Juni 1867. (Gesetz-Samml. S. 921. st.) außer Anwendung, und die §§. 266. 267. und 340. Nr. 11. des Strafgesetzbuchs in Kraft.

§. 3

Mit dem Tage der Schließung verlieren die betreffenden Spielpacht-Verträge und Konzessionen ihre Gültigkeit, eine Entschädigung wegen des entgehenden Gewinnes aus dem Hazardspiel-Vetriebe findet nicht statt.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insiegel.

Gegeben Berlin, den 5. März 1868.

(L. S.) Wilhelm.

Gr. v. Bismarck-Schönhausen. Frh. v. d. Heydt. Gr. v. Iţenpliţ. v. Mühler. v. Selchow. Gr. zu Eulenburg. Leonhardt. (Nr. 7019.) Allerhöchster Erlaß vom 10. Februar 1868., betreffend die Verleihung der fisfalischen Vorrechte an den Kreis Luckau für den Bau und die Unterhaltung einer Kreis-Chaussee von Prierow an der Berlin-Lübben-Kottbuser Staatsstraße nach dem Bahnhose Brand an der Berlin-Görlißer Sisenbahn.

Chausse im Kreise Luckau, Regierungsbezirks Frankfurt a. d. D., von Prierow an der Berlin-Lübben-Kottbuser Staatsstraße nach dem Bahnhose Brand an der Berlin-Görliger Eisenbahn genehmigt habe, verleihe Ich hierdurch dem Kreise Luckau das Expropriationsrecht für die zu dieser Chausse erforderlichen Grundstücke, imsgleichen das Recht zur Entnahme der Chaussedau- und Unterhaltungs-Materialien, nach Maaßgabe der für die Staats-Chaussen bestehenden Vorschriften, in Bezug auf diese Straße. Zugleich will Ich dem genannten Kreise gegen Uebernahme der fünstigen chaussemäßigen Unterhaltung der Straße das Recht zur Erhebung des Chaussegeldes nach den Bestimmungen des für die Staats-Chaussen jedesmal geltenden Chaussegeld-Tariss, einschließlich der in demselben enthaltenen Bestimmungen über die Befreiungen, sowie der sonstigen die Erhebung betreffenden zustählichen Vorschriften, wie diese Bestimmungen auf den Staats-Chaussen von Ihnen angewandt werden, hierdurch verleihen. Auch sollen die dem Chaussegeld-Tarise vom 29 Februar 1840. angehängten Bestimmungen wegen der Chaussespolizei-Vergehen auf die gedachte Straße zur Unwendung kommen.

Der gegenwärtige Erlaß ist durch die Gesetz = Sammlung zur öffentlichen

Renntniß zu bringen.

Berlin, den 10. Februar 1868.

Wilhelm.

Frh. v. d. Hendt. Gr. v. Igenplig.

An den Finanzminister und den Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten. (Nr. 7020.) Allerhöchster Erlaß vom 24. Februar 1868., betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung mehrerer Kreiß-Chausseen im Kreise Friedland, Regierungsbezirks Königsberg.

achdem Ich durch Meinen Erlaß vom heutigen Tage den Bau der nach= stebend bezeichneten Chausseen im Rreise Friedland, Regierungsbezirks Königsberg: 1) von Domnau bis zur Pr.-Eplauer Kreisgrenze in der Richtung auf Pr.-Eplau; 2) von Schippenbeil nach Bahnhof Wöterkeim der Oftpreußischen Sudbahn; 3) von Friedland bis zur Gerdauer Kreisgrenze in der Richtung auf Gerdauen; 4) von Bartenstein über Schönbruch nach Deutsch-Wilten an der Friedland-Domnauer Kreis-Chaussee und 5) von der Königsberg-Warschauer Staatsstraße bei Bartenstein bis zur Pr.- Eylauer Kreisgrenze in der Richtung auf Reddenau genehmigt habe, verleihe Ich hierdurch dem Kreise Friedland das Expropriationsrecht für die zu diesen Chauffeen erforderlichen Grundstücke, imgleichen das Recht zur Entnahme der Chausseebau- und Unterhaltungs-Materialien, nach Maakgabe der für die Staats-Chausseen bestehenden Vorschriften, in Bezug auf diese Straßen. Zugleich will Ich dem genannten Kreise gegen Uebernahme der fünftigen chaussemäßigen Unterhaltung der Straßen das Recht zur Erhebung des Chaussegeldes nach den Bestimmungen des für die Staats-Chausseen jedesmal geltenden Chauffeegeld-Tarifs, einschließlich der in demfelben enthaltenen Bestimmungen über die Befreiungen, sowie der sonstigen die Erhebung betreffenden zufählichen Vorschriften, wie diese Bestimmungen auf den Staats-Chauffeen von Ihnen angewandt werden, hierdurch verleihen. Auch sollen die dem Chaussegeld-Tarife vom 29. Februar 1840. angehängten Bestimmungen wegen der Chausseepolizei-Bergeben auf die gedachten Straßen zur Unwendung kommen.

Der gegenwärtige Erlaß ist durch die Gesetz-Sammlung zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

Berlin, den 24. Februar 1868.

Wilhelm.

Frh. v. d. Hendt. Gr. v. Igenplig.

An den Finanzminister und den Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten. (Nr. 7021.) Privilegium wegen Ausfertigung auf den Inhaber lautender Kreis-Obligationen des Kreises Friedland im Betrage von 120,000 Thalern. Vom 24. Februar 1868.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen 20.

Nachdem von den Kreisständen des Kreises Friedland auf dem Kreistage vom 28. November 1867. beschlössen worden, die zur Aussührung der vom Kreise unternommenen Chausseedauten außer den durch die Privilegien vom 7. Oktober 1864. (Gesetz-Samml. S. 657. ff.), vom 8. Mai 1865. (Gesetz-Samml. S. 634. ff.) und vom 13. Juni 1866. (Gesetz-Samml. S. 443. ff.) genehmigten Anleihen von resp. 120,000 Thalern, 30,000 Thalern und 30,000 Thalern annoch erforzberlichen Geldmittel im Wege einer weiteren Anleihe zu beschaffen, wollen Wir auf den Antrag der gedachten Kreisstände: zu diesem Zwecke auf jeden Inhaber lautende, mit Zinsstwons versehene, Seitens der Gläubiger unfündbare Obligatioznen zu dem angenommenen Betrage von 120,000 Thalern ausstellen zu dürsen, da sich hiergegen weder im Interesse der Gläubiger noch der Schuldner etwas zu erinnern gefunden hat, in Gemäßheit des §. 2. des Gesetzes vom 17. Juni 1833. zur Ausstellung von Obligationen zum Betrage von 120,000 Thalern, in Buchtaben: Einhundertzwanzig Tausend Thalern, welche in folgenden Apoints:

60,000	Thaler	à	1000	Thaler,
45,000		à	500	
10,000		à	100	
5,000		à	50	
= 120,000	Thaler,			

nach dem anliegenden Schema auszufertigen, mit Hülfe einer Kreissteuer mit fünf Prozent jährlich zu verzinsen und nach der durch das Loos zu bestimmenden Folgeordnung jährlich vom Jahre 1885. ab mit wenigstens jährlich Einem Prozent des Kapitals unter Zuwachs der Zinsen von den amortisirten Schuldverschreibungen zu tilgen sind, durch gegenwärtiges Privilegium Unsere landesherrliche Genehmigung mit der rechtlichen Wirfung ertheilen, daß ein jeder Inhaber dieser Obligationen die daraus hervorgehenden Rechte, ohne die Uebertragung des Eigensthums nachweisen zu dürfen, geltend zu machen besugt ist.

Das vorstehende Privilegium, welches Wir vorbehaltlich der Rechte Dritter ertheilen und wodurch für die Befriedigung der Inhaber der Obligationen eine Gewährleistung Seitens des Staats nicht übernommen wird, ist durch die Gesetz-

Sammlung zur allgemeinen Kenntniß zu bringen.

Urfundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insiegel.

Gegeben Berlin, den 24. Februar 1868.

(L. S.) Wilhelm.

Frh. v. d. Sendt. Gr. v. Ihenplig. Gr. zu Eulenburg.

Proving Preußen, Regierungsbezirk Königsberg.

Obligation des Areises Friedland

Littr. 1

IV. Serie

über

..... Thaler Preußisch Rurant.

Unf Grund des unterm ... genehmigten Kreistagsbeschlusses vom 28. November 1867. und des Allerhöchsten Privilegiums vom ... ten wegen Aufnahme einer Schuld von 120,000 Thalern bekennt sich die ständische Kommission des Kreises Friedland Namens des Kreises durch diese, für jeden Inhaber gültige, Seitens des Gläubigers unkündbare Verschreibung zu einer Darlehnsschuld von ... Thalern, in Buchstaben ... Thalern Preußisch Kurant, nach dem gesehlich bestehenden Münzsuße, welcher Betrag an den Kreis daar gezahlt worden und mit fünf Prozent jährlich zu verzinsen ist.

Die Rückzahlung der ganzen Schuld von 120,000 Thalern geschieht vom Jahre 1885. ab allmälig aus einem zu diesem Behuse gebildeten Tilgungssonds von wenigstens Eintausend zweihundert Thalern jährlich, unter Zuwachs der Zinsen von den getilgten Schuldverschreibungen, nach Maaßgabe des Tilgungs-

planes.

Die Folgeordnung der Einlösung der Schuldverschreibungen wird durch das Loos bestimmt. Die Ausloosung erfolgt vom Jahre 1885, ab in dem Monate Juni jeden Jahres. Der Kreis behält sich jedoch das Recht vor, den Tilgungsfonds durch größere Ausloosungen zu verstärken, sowie sämmtliche noch umlausende Schuldverschreibungen zu kündigen. Die ausgeloosten, sowie die gekündigten Schuldverschreibungen werden unter Bezeichnung ihrer Buchstaben, Rummern und Beträge, sowie des Termins, an welchem die Rückzahlung erfolzgen soll, öffentlich bekannt gemacht. Diese Bekanntmachung erfolgt sechs, drei, zwei und Einen Monat vor dem Zahlungstermine in dem Preußischen Staatsanzeiger, dem Amtsblatte der Königlichen Regierung zu Königsberg und in dem Friedländer Kreisblatte.

Bis zu dem Tage, wo solchergestalt das Kapital zu entrichten ist, wird es in halbjährlichen Terminen, am 2. Januar und am 2. Juli, von heute ab gerechenet, mit fünf Prozent jährlich in gleicher Münzsorte mit jenem verzinset.

Die Auszahlung der Zinsen und des Kapitals erfolgt gegen bloße Rückgabe der ausgegebenen Zinskupons, beziehungsweise dieser Schuldverschreibung, (Nr. 7021.)

bei der Kreis-Rommunalkasse in Domnau, sowie bei einem von der ständischen Kommission des Kreises Friedland zu bezeichnenden Bankier in Königsberg, und zwar auch in der nach dem Eintritt des Fälligkeitstermins folgenden Zeit.

Mit der zur Empfangnahme des Kapitals präsentirten Schuldverschreibung sind auch die dazu gehörigen Zinskupons der späteren Fälligkeitstermine zurückzuliesern. Für die sehlenden Zinskupons wird der Betrag vom Kapitale ab-

gezogen.

Die gekündigten Kapitalbeträge, welche innerhalb dreißig Jahren nach dem Rückzahlungstermine nicht erhoben werden, sowie die innerhalb vier Jahren, vom Ablauf des Kalenderjahres der Fälligkeit an gerechnet, nicht erhobenen Zinsen, versjähren zu Gunsten des Kreises.

Das Aufgebot und die Amortisation verlorener oder vernichteter Schuldverschreibungen erfolgt nach Vorschrift der Allgemeinen Gerichtsordnung Thl. I. Titel 51. §§. 120. sequ. bei dem Königlichen Kreisgerichte zu Bartenstein.

Zinskupons können weder aufgeboten, noch amortisitt werden. Doch soll demjenigen, welcher den Verlust von Zinskupons vor Ablauf der vierjährigen Verjährungsfrist bei der Kreisverwaltung anmeldet und den stattgehabten Besitz der Zinskupons durch Vorzeigung der Schuldverschreibung oder sonst in glaubhafter Weise darthut, nach Ablauf der Verjährungsfrist der Betrag der angemeldeten und dis dahin nicht vorgekommenen Zinskupons gegen Quittung ausgezahlt werden.

Mit dieser Schuldverschreibung sind halbjährige Zinskupons bis zum Schlusse des Jahres 1872. ausgegeben. Für die weitere Zeit werden Zinskupons

auf fünfjährige Perioden ausgegeben.

Die Ausgabe einer neuen Zinskupons-Serie erfolgt bei der Kreis-Kommunalkasse zu Dommau, sowie bei einem von der skändischen Kommission zu bezeichnenden Bankier in Königsberg gegen Ablieferung des der älteren Zins-kupons-Serie beigedruckten Talons. Beim Berluste des Talons erfolgt die Aus-händigung der neuen Zinskupons-Serie an den Inhaber der Schuldverschreibung, sofern deren Vorzeigung rechtzeitig geschehen ist.

Zur Sicherheit der hierdurch eingegangenen Verpflichtungen haftet der

Kreis mit seinem Bermögen.

Dessen zu Urkund haben wir diese Ausfertigung unter unserer Unterschrift ertheilt.

(Stempel.)

Die ständische Kommission des Friedlander Kreises.

Unmerkung. Die Unterschriften find eigenhändig zu unterzeichnen.

Proving Preußen, Regierungsbezirk Königsberg.

Erster (bis) Zinskupon

zu der

Rreis-Obligation des Friedlander Kreises

Littr. No

IV. Serie

über Thaler zu fünf Prozent Binfen

über

.... Thaler Silbergroschen.

Der Inhaber dieses Zinskupons empfängt gegen dessen Rückgabe am und späterhin die Zinsen der vorbenannten Kreis-Obligation für das Halbjahr vom bis mit (in Buchstaben) Thalern Silbergroschen bei der Kreis-Kommunalskasse zu Domnau.

Domnau, den 18...

(Stempel.)

Die ständische Kommission des Friedländer Kreises.

(Mamen.)

Dieser Zinskupon ist ungültig, wenn bessen Geldbetrag nicht innerhalb vier Jahren nach der Fälligkeit, vom Schluß des betreffenben Kalenderjahres an gerechnet, erhoben wird.

Anmerkung. Die Namensunterschriften der Mitglieder der Kommission können mit Lettern oder Faksimilestempeln gedruckt werden, doch muß jeder Zinskupon mit der eigenhändigen Namensunterschrift eines Kontrolbeamten versehen werden. Proving Preußen, Regierungsbezirk Königslerg.

Talon

zur

Rreis-Obligation des Friedlander Rreises IV. Serie.

Obligation des			mplandt ded	en bellen s	tuagave za	occ
Littr	. Nº	über	. Thaler à	fünf Pro	zent Zinsen	
die te Serie	Zinstupons	für die fü	nf Jahre 18	bis 18.	. bei der Kre	218=
Rommunalkasse Inhabers ber	zu Womnai Obligation fe	i, sofern da	gegen Seitene cuch ergangen	ist.	lchen legitimix	ten

Tuhahar Siafad Taland annifanat again Soffan Michaghe zu ber

(Stempel.)

Die ständische Kommission des Friedländer Kreises.

Anmerkung.

1. Die Namensunterschriften der Mitglieder der Kommission können mit Lettern oder Faksimilestempeln gedruckt werden, jedoch muß jeder Talon mit der eigenhändigen Namensunterschrift eines Kontrolbeamten versehen werden.

2. Der Talon ift zum Unterschiede auf der ganzen Blattseite unter den beiden letten Sinskupons mit davon abweichenden Lettern in nachstehender Art abzudrucken:

9ter Zins-Aupon.	10ter Bins - Aupon.
	Talon.

Rebigirt im Bureau bes Staats . Ministeriums.

Berlin, gebrudt in ber Königlichen Geheimen Ober Sofbuchbruderei (R. v. Deder).